

MPG Spiegel

0 6. OKT. 1992

Aktuelle Informationen für Mitarbeiter und Freunde der Max-Planck-Gesellschaft

B 20396 F

4

14. September 1992



Herausgegeben vom Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Redaktion: Michael Globig (Chefredakteur), Horst Meeremann (Chef vom Dienst), Walter Frese, Eugen Hintsches (Wissenschaftsberichte), Sigrid Deutschmann (Personalien)

Sitz und Verlag der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.: Bunsenstr. 10, 3400 Göttingen

Anschrift der Generalverwaltung der MPG: Residenzstraße 1 a, 8000 München 2
Telefon (0 89) 21 08-1, Telex 522203

Satz und Druck: Kastner & Callway
Jahnstraße 5
8011 Forstinning
ISSN 0341-7727

★

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist die Nachfolgerin der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Sie unterhält 64 eigene Forschungsinstitute und Forschungsstellen, in denen insgesamt 13 700 Mitarbeiter tätig sind, davon etwa 5000 Wissenschaftler. Der Jahresetat 1992 ist mit insgesamt 1471 Millionen DM veranschlagt. Davon entfallen 1395 Millionen DM auf öffentliche Mittel. Die Forschungsaktivität der Max-Planck-Institute erstreckt sich überwiegend auf Grundlagenforschung in den Natur- und Geisteswissenschaften. Da sie ihre Aufgabe vor allem darin sieht, Schrittmacher der Forschung insbesondere in Ergänzung zu den Hochschulen zu sein, kann sie nicht in allen Forschungsbereichen tätig werden. Sie versucht daher, ihre Mittel und Kräfte dort zu konzentrieren, wo besondere Forschungsmöglichkeiten erkennbar sind.

Wie schon die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, so ist auch die Max-Planck-Gesellschaft eine gemeinnützige Organisation des privaten Rechts in der Form eines eingetragenen Vereins. Das zentrale Entscheidungsgremium der Max-Planck-Gesellschaft ist der Senat, in dem eine gleichwertige Partnerschaft von Staat, Wissenschaft und sachverständiger Öffentlichkeit besteht.

★

Der MPG-Spiegel will Mitarbeiter und Freunde der Max-Planck-Gesellschaft aktuell informieren. Er erscheint in 6 Ausgaben pro Jahr in einer Auflage von zur Zeit 22 000 Exemplaren. Der Bezug ist kostenlos.

Beiträge des Gesamtbetriebsrats (GBR) werden unverändert abgedruckt. Der Vorstand der MPG behält sich lediglich vor, bei abweichender Auffassung in wesentlichen Fällen dazu Stellung zu nehmen. Doch kann aus dem Fehlen einer Stellungnahme nicht geschlossen werden, daß der Inhalt eines GBR-Beitrags die Billigung des MPG-Vorstands findet. Schriftleiterin des GBR: Ingrid Scholz.

Alle im MPG-SPIEGEL vertretenen Auffassungen und Meinungen können nicht als offizielle Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Organe interpretiert werden. Das gilt insbesondere für die Sparte »Nach meiner Meinung«.

Nachdruck unter Quellenangabe gestattet.

Aus dem Inhalt

Meteorologie

Rechnungen eines von Wissenschaftlern des MPI für Meteorologie erarbeiteten Zirkulationsmodells zeigen: Eine Prise Salz weniger im Wasser des nördlichen Atlantiks und das Klima in Nord- und Mitteleuropa würde kälter.

Seite 1

Neutrinforschung

Mit Hilfe von GALLEX, dem europäischen Gallium-Experiment im italienischen Gran-Sasso-Untergrundlabor, wurde zum ersten Mal der Hauptfluß der Neutrinos gemessen.

Seite 5

Bildungsforschung

Ausländische Arbeitnehmer werden auf dem Arbeitsmarkt gleich behandelt wie ihre deutschen Kollegen – auf diesem Sektor der Gesellschaft jedenfalls fehlt die Diskriminierung, was eine Studie des MPI für Bildungsforschung zeigt.

Seite 7

Kernphysik

Neue Erkenntnisse über die Anfänge der Kupferbearbeitung in Europa brachten Untersuchungen an den Max-Planck-Instituten für Kernphysik und Chemie: »Kamen die ersten Metallurgen vom Balkan?«

Seite 10

Gentechnikrecht

Schwerwiegende Folgen für Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland befürchtet die MPG in ihrer Stellungnahme zum Gentechnikrecht.

Seite 15

Nachrichten

Beschluß des MPG-Senats auf seiner Sitzung in Dresden: Die Generalverwaltung bleibt in München.

Seite 17

In den Ansprachen und Grußworten auf der Festversammlung der MPG stand die Rolle der Wissenschaft beim deutschen Einigungsprozeß im Vordergrund.

Seite 18

Das Preisprogramm Otto-Hahn-Medaille wird fortgesetzt, entschieden der Verwaltungsrat.

Seite 20

Köpfe

Der MPG-Spiegel stellt den Stifter Dr. Ernst-Rudolf Schloeffmann vor.

Seite 29

Tagungen

Von den Vortragsveranstaltungen der MPG in Chemnitz, Magdeburg und Potsdam berichtet Michael Globig.

Seite 35

Festvortrag

Über »Komplexe Systeme in der Physik« referierte Prof. Hans A. Weidenmüller vom MPI für Kernphysik in seinem Festvortrag.

Seite 39

Gesamtbetriebsrat

Jörg Schischkoff vom Gesamtbetriebsrat der MPG diskutiert den Umweltschutz in der MPG.

Seite 45

Personalien

Die Ansprachen auf der Festversammlung lesen Sie in vollem Wortlaut auf

Seite 46

Seite 56

Titelbild

Dresden leuchtet: Der Tagungsort der diesjährigen MPG-Hauptversammlung beherbergt einige der schönsten historischen Bauten Deutschlands. Im Bild der Waldpavillon des Zwingers. Der Dresdner Zwinger, von 1709 bis 1732 entstanden, ist ein Gipfel der Baukunst des Barock und wohl eine der originellsten architektonischen Kunstwerke überhaupt. In der Bombennacht vom 13. zum 14. Februar 1945 wurde der Zwinger schwer getroffen. Noch im gleichen Jahr begannen die Wiederaufbauarbeiten, die 1963 abgeschlossen wurden. Der Waldpavillon gilt als der vollkommenste Teil des Zwingers.

Foto: Filser

Die deutsche Forschung lebt von der Pluralität

Ansprache des Präsidenten der MPG

I.

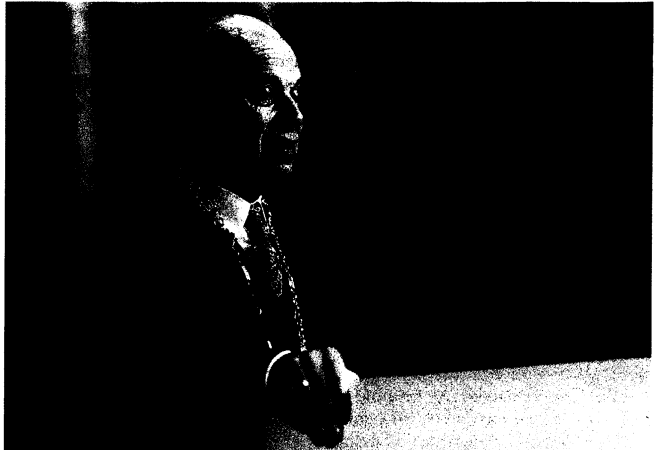
Herr Ministerpräsident, Herr Bundesminister, Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren!

Von der Gründung bis 1926 hatten alle Hauptversammlungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin stattgefunden. Die erste Hauptversammlung außerhalb Berlins fand 1927 hier, in Dresden, statt. Die Wahl des Ortes hatte ihre Vorgeschichte. Bis in das Jahr 1922 hinein gab es Kaiser-Wilhelm-Institute zumeist in Preußen, vereinzelt im Ausland, nicht aber in anderen Ländern des Deutschen Reiches. Im September 1922 nahm hier in Dresden das Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung unter Max Bergmann die Arbeit auf. Es war das erste Kaiser-Wilhelm-Institut in einem anderen deutschen Land als Preußen. Und so war die sächsische Hauptstadt auch die erste Stadt außer Berlin, in der die Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft tagte. Jetzt, 65 Jahre danach, tagt die Max-Planck-Gesellschaft zum ersten Mal hier und somit zum ersten Mal in der Hauptstadt eines der neuen Bundesländer. Wir freuen uns, daß das möglich ist. Aber wir wissen auch um die Sorgen, welche die Menschen in den neuen Ländern haben. Wir wissen vor allem auch um die Herausforderungen, vor welche sich die Menschen in den neuen Ländern gestellt sehen, die ihren Beruf in der Wissenschaft gefunden haben, und um die Herausforderung derer, die hier Verantwortung für die Wissenschaft tragen. So sind wir hier nicht nur in der Freude über die deutsche Einheit und über die Freiheit und die Hoffnung, die sie gebracht hat, sondern auch im Wissen um die Schmerzen, die sie bereitet, und in dem Bemühen, dazu beizutragen, daß sie in redlicher Solidarität gelingt.

Ich begrüße Sie, Herr Ministerpräsident, als obersten Repräsentanten des Landes, bei dem wir zu Gast sind. Wir danken Ihnen sehr, daß Sie trotz aller dringenden Gründe, die sich Ihrer Teilnahme entgegenstellten, bei uns sind,

um zu uns zu sprechen. Sie sind für uns freilich nicht nur der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Sie sind für uns vor allem auch ein guter Freund der Max-Planck-Gesellschaft. 1968 schlugen Sie der Max-Planck-Gesellschaft die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsordnung vor. Der Plan wurde in den Gremien der Max-Planck-Gesellschaft mit großer Zustimmung aufgenommen. Doch Sie selbst gingen dann

chen Systemen ergeben. Als seinerzeit die Verwirklichung Ihres Gründungsvorschlags aufgegeben worden war, war es gleichwohl zu einer neuen Verbindung zwischen Ihnen und der Max-Planck-Gesellschaft gekommen. Von 1975 bis 1987 waren Sie Mitglied unseres Senats, dessen Arbeit Sie in vielfältiger Weise anregten und mitbestimmten. Erlauben Sie, lieber Herr Biedenkopf, daß ich auch meiner ganz persönlichen Freude darüber Ausdruck gebe,



Hans F. Zacher

Foto: Filser

andere Wege. Und getreu dem Hamack-Prinzip, nach dem sich die Max-Planck-Gesellschaft mehr noch als an Themen an den herausragenden Forscherpersönlichkeiten orientiert, die sie bearbeiten, verlor das Vorhaben, nachdem Sie sich davon zurückgezogen hatten, an Interesse. Ein schöner Zufall hat es gefügt, daß die Max-Planck-Gesellschaft nun gestern, gerade hier in Dresden, beschlossen hat, ein Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen zu gründen, das sich auch den Herausforderungen widmen soll, die sich aus dem Gegenüber von sozialistischen und marktwirtschaftli-

Sie heute bei uns begrüßen zu können. Wir haben uns 1963 in Würzburg bei einer Tagung des traditionsreichen Vereins für Sozialpolitik über Interdisziplinarität zum ersten Mal getroffen. Seitdem haben wir wissenschaftlich immer wieder auf verwandten Feldern gearbeitet. So ist es für mich von ganz besonderem Reiz, im sächsischen Ministerpräsidenten auch einen vertrauten Kollegen begrüßen zu können.

Herr Bundesminister! Daß ich so viel Persönliches zu Ihnen nicht sagen kann, ist ganz unmittelbar Ausdruck der Teilung Deutschlands, die hinter uns liegt. Sie haben Ihren Weg in der DDR

genommen – durch alle die Schwierigkeiten hindurch, die es bedeutet hat, unter diesem Herrschaftssystem einen eigenen Weg zu gehen. So enthielt die Geschichte Ihnen und uns die Chance einer wechselseitig altvertrauten Beziehung vor. Um so wichtiger sind Persönlichkeiten wie Sie nunmehr für die Politik des gemeinsamen Deutschlands. Sie muß die Erfahrung und die Betroffenheit derer aufnehmen, die der deutschen Einheit hinter dem Eisernen Vorhang entgegengelebt haben. Das gilt auch und gerade für die Wissenschaftspolitik. Wir sind sehr glücklich darüber, daß Sie es möglich gemacht haben, gerade heute bei uns zu sein, wo wir zum ersten Mal in der Hauptstadt eines neuen Bundeslandes tagen. Wir sind Ihnen ganz besonders dankbar dafür, daß Sie zu uns gekommen sind, obwohl Sie am heutigen Tag gewiß ein besonderes Recht auf Privatheit hätten. Es ist Ihr Geburtstag. Wir gratulieren Ihnen herzlich. Und unsere besten Wünsche begleiten Sie in Ihr neues Lebensjahr.

Auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister, habe ich zu danken. Ich habe Ihnen zu danken, daß Sie zu uns gekommen sind und uns begrüßt haben. Ich habe Ihnen und der Stadt Dresden, die Sie repräsentieren, zu danken, für all die Gastfreundschaft und Unterstützung, die Sie der Max-Planck-Gesellschaft in diesen Tagen gewährt haben. Sie haben für Ihre Stadt geworben. Aber ich muß Ihnen sagen, daß wir schon vor Ihren Worten gelernt haben, sie zu schätzen und zu mögen. Wir haben uns hier – wie immer das in diesem Denkmal des Wahnsinns des Krieges möglich ist – wohl gefühlt.

Nun hätten viele Anspruch, ebenfalls beim Namen genannt und willkommen geheißenen zu werden. Und ich hätte so sehr das Bedürfnis, so vielen von Ihnen ganz persönlich zu sagen, wie sehr wir uns freuen, daß Sie uns die Ehre geben, wie dankbar wir für so vieles zu sein haben – und wie dankbar wir in der Tat auch sind. Es gäbe so viel Verbundenheit und so viel Respekt zu bekunden. Und es gäbe so viele Gründe, ganz persönlich um weiteres Interesse und weitere Hilfe zu bitten. Ich will jedoch darauf verzichten. Die Zeit drängt. Und es ist zuviel zur Sache zu sagen. So lassen Sie mich Ihnen allen, die Sie hier sind, jedem auf seine Weise, unser

Willkommen entbieten und Ihnen sagen, wie sehr wir uns über Ihre Verbundenheit freuen und wie sehr wir Sie darum bitten, sie zu bewahren.

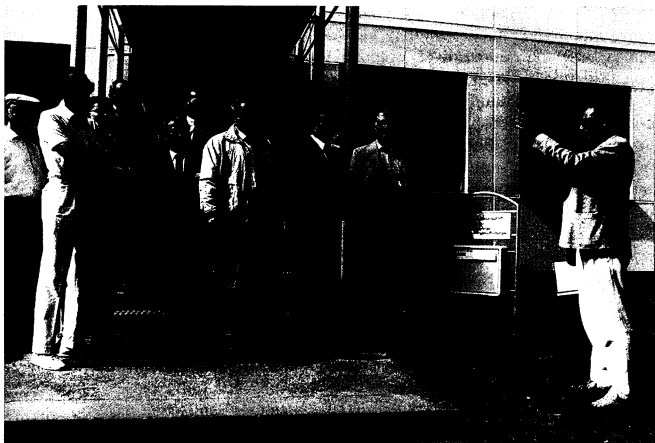
II.

Wie gut die Forschung in einem Lande ist, hängt in erster Linie von der Tüchtigkeit der Forscher und von dem Genie der Besten unter ihnen ab. Wie wirksam diese Tüchtigkeit und dieses Genie sind, das wiederum hängt vor allem von drei Voraussetzungen ab: von den Spielräumen, die Recht und Gesellschaft der Arbeit der Forscher eröffnen und belassen; von den Ressourcen, die der Forschung zur Verfügung stehen; und von der institutionellen Ordnung, in der Forschende und Forschungsmöglichkeiten einander zugeordnet werden. So sind auch die Erfolge, auf welche die deutsche Forschung zurückblicken kann, nicht nur der Tüchtigkeit und dem Genie der Forscher zu verdanken, sondern auch dem Vertrauen der Öffentlichkeit, das den Spielraum freier Forschung weit öffnet, der Bereitschaft des Staates und der Gesellschaft, der Forschung in förderlichem Maße Ressourcen zur Verfügung zu stellen, und einer Organisation, die auf optimale Möglichkeiten der Forscher und auf optimale Nutzung der Ressourcen hin angelegt ist. Insgesamt lebte und lebt die deutsche Forschung so in einem differenzierten Kosmos zweckgerecht spezifischer Strukturen, die der Autonomie der Forschung den denkbar größten Raum geben. Der allgemeinste Nenner dieser Ordnung ist Pluralität.

Diese Pluralität gibt in der Regel autonomer Forschung ebenso Raum wie der Ausnahme abhängiger Forschung – der Ressort- und Industrieforschung. Die Pluralität gibt ferner Raum für die je spezifischen Strukturen autonomer Forschung: *erstens* die *Universitäten* als die – durch die Verbindung mit der Lehre gekennzeichnete – breite Basis autonomer Forschung; *zweitens* die verschiedenen Institutionen, die autonome Forschung *organisieren*: die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Großforschungseinrichtungen, die Akademien der Wissenschaften und die Vielfalt dessen, was in der »Blauen Liste« versammelt ist –; *drittens* und schließlich die spezifische

Organisation autonomer Forschungsförderung in Gestalt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, aber auch vieler Stiftungen. Die Wirksamkeit aller dieser Institutionen ist ganz wesentlich dadurch bestimmt, daß ihre Besonderheit nicht Selbstzweck ist, sondern eine maximale Übereinstimmung der Strukturen mit den Zwecken gewährleistet. So ist die Max-Planck-Gesellschaft, indem sie auch in ihren Strukturen ganz darauf abstellt, Spitzenforschern angemessene Arbeitsmöglichkeiten anzuvertrauen, ein optimales System, um innovative Grundlagenforschung zu organisieren. So ist – um ein anderes Beispiel zu nennen – die Fraunhofer-Gesellschaft, indem sie ihren Instituten die permanente Bewahrung gegenüber der Nachfrage nach ihrer Forschung überverlangt, ein optimales System, angewandte Forschung zu organisieren. In jedem Fall aber setzt Autonomie ein Mindestmaß an Ressourcen voraus, die ohne Bedingungen hinsichtlich der Inhalte der Forschung zugeteilt werden. Daraus erwächst ein wichtiges Grundgesetz autonomer Forschung: das Nebeneinander der quantitativen Verantwortung der Finanzierungsträger und der qualitativen Verantwortung der Wissenschaft – das Nebeneinander der quantitativen Verantwortung für die Bereitstellung der Ressourcen und der qualitativen Verantwortung für ihre Nutzung. Auch diese elementare Regel autonomer Forschung kann in Gestalt der Projektförderung oder der Auftragsforschung Ausnahmen erleiden, die nützlich sind, solange sie die Regel ergänzen, ohne sie zu überwuchern oder zu zersetzen.

Diese Ordnung hat eine lange Geschichte. Sie beginnt mit den Akademien des 18. Jahrhunderts, setzt sich im 19. Jahrhundert mit Humboldts Leitbild der Universität fort, später mit den Anfängen staatlicher und unternehmerischer Forschungseinrichtungen, nimmt in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die neuen Konzepte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft auf, wird im »Deutschen Reich« zuweilen bis zur Unkenntlichkeit deformiert, bietet danach – wieder hergestellt und erneuert – die ersten Grundlagen für den Wiederaufbau der Forschung in der Bundesrepublik und gelangt hier in den 50er und 60er Jahren zu seiner



ZUM BESUCHSPROGRAMM der Hauptversammlung gehörte auch die Arbeitsgruppe »Mechanik heterogener Festkörper« der MPG an der Technischen Universität Dresden. Dr. Wolfgang Kreher, Mitarbeiter der Arbeitsgruppe, begrüßt die Gäste und führt sie in die Forschungsthemen der Gruppe ein (Bild unten).
Fotos: Filser

vollen Entfaltung. Das System hat eine reiche Fülle von Erträgen ermöglicht. Es ist bis heute in seinen Werten unangefochten. Die DDR hatte wesentlich andere Wege beschritten. Der Einigungsvertrag hat das Forschungssystem der Bundesrepublik dann aber auch zum Muster der Reorganisation der Forschung in den neuen Ländern gemacht. Und trotzdem ist dieses System – unversehens und versehens – gefährdet.

III.

Die *allgemeinste Gefährdung ist ideeller und gesellschaftlicher Natur*. Die Widersprüche zwischen dem Hilfreichen und Nützlichen, das die Gesellschaft von der Forschung erwartet, und den Sorgen, ja Ängsten, mit der sie auf das Forschen, auf die Forschungsergebnisse und auf die neuen Handlungsmöglichkeiten, die durch ihre Ergebnisse eröffnet werden, blickt, sind im Laufe der letzten Jahrzehnte dramatisch angestiegen. Zugleich besann und besinnt sich die Gesellschaft auf neue Werte. Und sie sind immer auch Quellen neuer Erwartungen an die Forschung und neuer Sorgen gegenüber der Forschung. Man denke nur an das viele, was man heute Umwelt nennt. Wie sehr braucht der Schutz der Umwelt die Forschung! Und wieviel Angst besteht, daß Forschung Umwelt zerstört!



Dabei ist der Grundbefund ein sehr positiver. Noch nie hatte eine Gesellschaft eine so alltägliche, vielfältige, umfassende Erfahrung, wie viel Wissenschaft zur Lösung der menschlichen und gesellschaftlichen Probleme beitragen kann und beiträgt. Noch nie war die Forschung sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft so bewußt: gegenüber den Anliegen, deren Bewältigung sie ermöglichen kann, gegenüber den Werten, Gütern und Interessen, die sie gefährden kann. Doch gerade jetzt und hier gewinnen die Bewegungen an Schwung und Durchset-

zungskraft, die über die berechtigte Sorge hinaus dem Vorurteil, dem Verdacht, den Ängsten folgen. Und immer wieder ist die Politik versucht, dem spektakulären Vorwurf nachzugeben.

Um so dringender müssen wir die Politik bitten, den ruhigen Atem der Grundwerte unserer Gesellschaft und ihrer Verfassung zu schöpfen. Und dazu gehört die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Um so dringender müssen wir der Politik sagen, daß es ihres Amtes ist, die Chancen zu sichern und zu entfalten, die für die Menschen in diesem Lande, für diese Gesellschaft,

ja für die Welt im Fortgang der Forschung liegen. Die Probleme, die vor uns liegen, können nicht ohne Forschung, sie können nur mit der Forschung gelöst werden. Wo immer die Politik die Forschung begrenzt und belastet, hat sie eine Wahl zu treffen: zwischen dem Wert, den freier Zuwachs an Erkenntnis in sich darstellt, den Werten und Zwecken, denen der Zuwachs an Erkenntnis nützt, und jenen Gütern, die durch die Forschung selbst oder die neuen Handlungsmöglichkeiten, die sie erschließt, verletzt oder gefährdet werden könnten. Und sie hat diese Wahl nicht nur vor der Verfassung, sondern auch vor den Lebensbedingungen und der Zukunft aller zu verantworten. Die Forscher der Max-Planck-Gesellschaft sind redlich bereit, ihr dabei zu helfen.

IV.

Die zweite Sorge, die ich hier auszusprechen habe, betrifft die *Ressourcen*, die für die Forschung zur Verfügung stehen. Von den 50er Jahren bis zu den frühen 70er Jahren war das Gesamtsystem der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland vom Wachstum geprägt. Seit den frühen 70er Jahren ist das quantitative Wachstum im wesentlichen einer Stagnation gewichen. Für die Max-Planck-Gesellschaft etwa war 1972 das letzte Jahr des Wachstums. Seither – also fast zwei Jahrzehnte lang – arbeitet sie unter den quantitativen Bedingungen einer realen Stagnation.

Diese quantitative Stagnation steht im Widerspruch zu den Notwendigkeiten qualitativen Wachstums. Forschung eröffnet stets mehr neue Fragestellungen, als sie alte erledigt. Forschung ist ein ständiger Prozeß der Differenzierung und Intensivierung von Fragen und Methoden. Und die Kosten der sich permanent verbessernden Forschungstechniken – Einrichtungen, Geräte und Arbeitsmaterialien – wachsen über jegliche allgemeine Teuerungsrate hinaus. Gewiß: Die Entwicklung der Erkenntnisse und Fragestellungen »erledigt« alte Forschungsrichtungen, und sie erlaubt, ja gebietet immer wieder, die Prioritäten neu zu setzen. Aber auch die entschlossenste, energischste Nutzung dieser Möglichkeiten – etwa durch die Schließung von Abteilungen oder Instituten – setzt nie alle die Stellen und Mit-

tel frei, die für Neuanfänge und Neuorientierungen gebraucht würden. Die funktionale und räumliche Zuordnung von Personen, Geräten und Bauten kann, wenn überhaupt, nicht beliebig schnell und vollständig aufgehoben und verändert werden. Schließlich werden an die Forschung – aus Gesichtspunkten des Umweltschutzes, der Abfallbelastung, des Tierschutzes, der biologischen Sicherheit, der technischen Sicherheit usw. – vom Gemeinwesen Anforderungen herangetragen, welche die Forschung verteuern. So berechtigt sie sind oder sein mögen: sie verursachen neue Kosten; sie absorbieren Arbeitszeit; und sie erfordern neues, spezifisch kompetentes Personal.

Aus alledem ergibt sich der Satz, daß qualitatives Wachstum der Forschung ein Mindestmaß an quantitativem Wachstum voraussetzt. Umgekehrt bedeutet quantitative Stagnation nicht einfach den Verzicht auf mögliche innovative Forschung, sondern – je länger sie dauert, desto mehr – die Funktionsminderung, ja Gefährdung vitalen Forschungspotentials. Diese Gesetzmäßigkeit wurde im Laufe der letzten Jahre immer deutlicher spürbar. Konnte das qualitative Wachstum der Forschung in den 70er Jahren noch von dem quantitativen Spielraum zehren, den die 60er und die ersten 70er Jahre geschaffen hatten, so wurden die Schwierigkeiten in den 80er Jahren immer deutlicher, um in den 90er Jahren zur Gefahr zu werden.

Genauer besehen vollzogen sich zwei Verdrängungsprozesse:

- Die Personalaufwendungen verdrängten die Sachaufwendungen. Personalkosten haben ihr eigenes, durch Tarifabschlüsse und Soziallasten bedingtes Wachstum.
- Die laufenden Aufwendungen – Personal- wie Sachaufwendungen – verdrängten die Investitionen: Geräteinvestitionen ebenso wie Bauinvestitionen. Und gerade die Rückstände an Geräte- und Bauinvestitionen kennzeichnen die materielle Lage der Forschung in der Bundesrepublik in besonderer Weise.

Daß sich die quantitativen Bedingungen der Forschung in dieser Weise seit langem stetig verschlechtern, trifft die Entwicklung der Forschung in einer Situati-

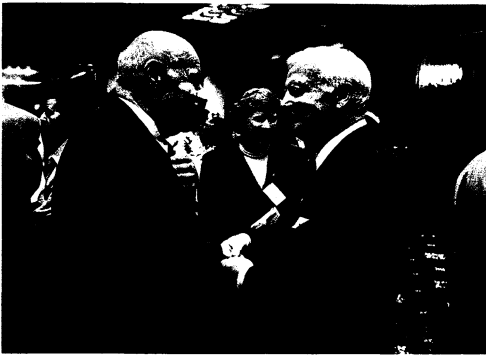
on, in der sie zusätzlich Wachstum bräuchte:

- um den qualifizierten Nachwuchs aufzunehmen, den die Universitäten gerade jetzt in wachsender Zahl hervorbringen;
- um die Chancen der Erneuerung nutzen zu können, die mit der außerordentlichen Zahl von Emeritierungen und Pensionierungen von Hochschullehrern und leitenden Forschern einhergehen, die den Rest dieses Jahrzehnts kennzeichnen werden;
- in größtem Ausmaße zudem, um die Transformation der Forschung in den neuen Ländern so leisten zu können, daß die künftige Forschungslandschaft nicht nur einheitlich ist, sondern auf jenem Niveau, das der Tradition, den Fähigkeiten und vor allem den Bedürfnissen des ganzen Deutschland gerecht wird.

Es bedarf der Anstrengung aller Beteiligten, wenn diese Zusatzung nicht zur Katastrophe geraten soll.

Diese Herausforderung hat für jedes Element unserer Forschungsstruktur ihr eigenes Gesicht. Die Lage der *Universitäten* ist durch das Anwachsen der Studentenzahlen und durch die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform ihres Ausbildungsauftrags gekennzeichnet. Die Lage der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* ist einerseits durch die Ausweglosigkeit gekennzeichnet, mit begrenzten Ressourcen die rasch sich weitende Kluft zwischen der Grundausrüstung der Forschungsträger und dem Forschungsbedarf zu schließen, andererseits durch den Widerspruch zwischen ihrem Auftrag, das Besondere zu fördern, und der immer breiter heranrückenden Erwartung, die Grundausrüstung zu ergänzen, die so weithin unzulänglich ist. Die Lage der *Großforschungseinrichtungen* ist dadurch charakterisiert, daß ihre Verfassung die quantitative Verantwortung der Politik und die qualitative Verantwortung der Wissenschaft am wenigsten klar getrennt hat. Das hat sie zunächst begünstigt und erweist sie nunmehr als besonders verwundbar. Doch lassen Sie mich hier die Beispiele abbrechen, um mich auf die Max-Planck-Gesellschaft zu konzentrieren.

Die *Max-Planck-Gesellschaft* kann stolz darauf sein, daß sie die quantitati-



BEGEGNUNGEN auf der Hauptversammlung in Dresden, von links oben nach rechts unten: Prof. Hans F. Zacher, Präsident der MPG, und Prof. Herbert Grünewald, Vizepräsident der MPG, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bayer AG, Prof. Theodor Wieland (li), Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des MPI für medizinische Forschung, und Prof. Georg Melchers, Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des MPI für Biologie, Prof. Reimar Lüst (li), Präsident der MPG von 1972 bis 1984, und Prof. Joachim Trümper, Direktor am MPI für extraterrestrische Physik, Dr. Vera Christoph (li), Ulrike Kaserni, beide von der Generalverwaltung der MPG, und Prof. Walter Dieminger, Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des MPI für Aeronomie (links auf der Bank) mit Ehefrau.

Fotos: Filser

ven Spielräume, die ihr vorgegeben waren, durch qualitatives Wachstum optimal genutzt hat. Das gilt für die Jahrzehnte des quantitativen Wachstums ebenso wie für die Jahrzehnte der quantitativen Stagnation. Auf einzigartige Weise ist die Max-Planck-Gesellschaft ihrem besonderen Auftrag, innovative Spitzenforschung zu ermöglichen, dadurch gerecht geworden, daß sie immer wieder Ressourcen umverteilt, Abteilungen und Institute neu orientiert, alte Abteilungen und Institute geschlossen und neue Abteilungen und Institute aufgebaut hat. In den beiden Jahrzehnten realer Stagnation hat sie neun neue Institute errichtet. Aber der Spielraum dafür ist unter den Bedingungen realer Stagnation zwangsläufig im-

mer enger geworden. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre erschöpfte er sich vollends. Dringendste Neuvorhaben konnten nicht mehr verwirklicht werden.

In dieser Lage erkannte die Politik die Notwendigkeit von Wachstum an. Im Dezember 1989 beschlossen die Regierungschefs des Bundes und der Länder, der Max-Planck-Gesellschaft – ebenso wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft – für fünf Jahre einen Zuwachs von je 5% zu garantieren. Die Max-Planck-Gesellschaft durfte dies nach den Umständen als die Zusage realen Wachstums interpretieren. Im Vertrauen darauf beschloß sie die wichtigsten Neuvorhaben: das Max-Planck-Institut für Informatik in Saarbrücken, das Max-Planck-Institut für terrestrische

Mikrobiologie in Marburg und das Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie in Bremen. Es erwies sich jedoch, daß – infolge der Lohn- und Preisentwicklungen – die 5 x 5%-Zusage nicht reales Wachstum, sondern weiterhin reale Stagnation bedeutete. Die Max-Planck-Gesellschaft befindet sich somit derzeit – nach zwei Jahrzehnten realer Stagnation – in einem nie dagewesenen Engpaß. Wichtige Mechanismen optimaler Ressourcennutzung sind schwer beeinträchtigt. Die Reserven, um Bedarfsspitzen der Institute nach Maßgabe konkreter Gewichtung zu überbrücken, sind erschöpft. Die Möglichkeiten, im Zusammenhang mit Berufungen Neuanfänge und Neuorientierungen zu ermöglichen, haben sich immer spürbarer redu-

ziert. Versuchte die Max-Planck-Gesellschaft vor einigen Jahren, den Rückstand an Geräteinvestitionen durch ein eigenes Geräteerneuerungsprogramm aufzuholen, so fiel auch dieses mittlerweile der Knappheit der Mittel zum Opfer. Und immer öfter sind Abteilungen und Institute in ihrer Entwicklung, ja ganz unmittelbar in ihrer Arbeit dadurch gefährdet, daß notwendige Neubauten oder Gebäudeerneuerungen nicht finanziert werden können. So ist die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft in erster Gefahr.

Die Max-Planck-Gesellschaft kann diese Probleme nicht allein aus eigener Kraft lösen. Wollte sie dies auch nur versuchen, so würde sie sich schuldig machen, sich selbst und damit ein wertvolles, unersetzliches Element der deutschen Forschungsstruktur aufs Spiel zu setzen. Auf der anderen Seite weiß die Max-Planck-Gesellschaft um die finanzielle Situation des Bundes und der Länder. Sie hat der Politik deshalb einen Kompromiß angeboten. Er besteht vor allem darin, die Finanzierungs-träger zu bitten, ihr das Risiko, daß die Löhne über 3% ansteigen, abzunehmen, ihr durch ein Bausonderprogramm über den Berg des Investitionsstaus zu helfen und ihr die Stellen zu bewilligen, die sie für die drei neuen Institute brauchte und braucht. Selbst wenn die Politik diesen Beitrag leistet, wird die Max-Planck-Gesellschaft schwere, an der Grenze des wissenschaftlich Vertretbaren liegende Opfer bringen müssen, um wieder handlungs- und entwicklungsfähig zu werden. Das heißt auch: sie wird an die Schließung von Abteilungen oder Instituten denken müssen.

V.

Habe ich bisher von der Lage der Max-Planck-Gesellschaft in den alten Bundesländern gesprochen, so muß nunmehr von den spezifischen Problemen die Rede sein, die sich aus der *deutschen Einheit* ergeben haben.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat im Herbst 1990 ihren Willen erklärt, zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft nach den Grundsätzen, wie sie sich in der alten Bundesrepublik entwickelt hatten, beizutragen. Und sie sah und sieht in ihrem Beitrag

zur Herstellung prosperierender Forschungsstrukturen in den neuen Ländern eine wesentliche Verantwortung. Da das Forschungssystem der Bundesrepublik von der Normalität der universitären Forschung ausgeht, bot die Max-Planck-Gesellschaft an, durch Arbeitsgruppen an den Universitäten in vorübergehender Weise zur Belebung der universitären Forschung beizutragen. Sie hat 1991/92 28 Arbeitsgruppen an Universitäten in den neuen Ländern eingerichtet. Den Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgend, errichtete sie die Max-Planck-Institute für Mikrostrukturphysik und für Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie je eine Außenstelle des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik und des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik. Darüber hinaus schlug der Wissenschaftsrat vor, sieben sogenannte geisteswissenschaftliche Zentren zunächst in treuhänderische Obhut zu nehmen, um auf mittlere Sicht Vorschläge für ein zukunftsfähiges Modell geisteswissenschaftlicher Zentren vorzulegen. Die Max-Planck-Gesellschaft hat auch diesen Auftrag angenommen und in der ersten Stufe, der vorläufigen Einrichtung entsprechender Arbeitseinheiten, bereits verwirklicht. Von vornherein erklärte die Max-Planck-Gesellschaft, daß ihr – wie auch in der alten Bundesrepublik – an einer eigenständigen, selbstbestimmten Entwicklung ihrer Institute liegen muß. In diesem Sinne hat sie die Errichtung eines Max-Planck-Instituts für Infektionsbiologie, eines Max-Planck-Instituts für molekulare Pflanzenphysiologie und eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen beschlossen. Eine Reihe weiterer Projektgruppen und Institute werden in den Gremien der Max-Planck-Gesellschaft derzeit beraten. Die Max-Planck-Gesellschaft ist überzeugt, damit den besten Beitrag zu leisten, den sie leisten kann, damit die Forschungslandschaft Deutschlands nicht nur einheitlich, sondern auch zukunftsträchtig ist.

Aber auch hier zeigen sich *Mißverhältnisse zwischen den quantitativen Bedingungen*, welche die Politik vorgibt, *und den qualitativen Möglichkeiten und Notwendigkeiten*. Schon hinsichtlich der Einrichtungen, durch welche die Max-Planck-Gesellschaft Empfehlungen des

Wissenschaftsrats verwirklichte, bleiben die zur Verfügung gestellten Mittel hinter den Erfordernissen zurück. Hinsichtlich der weiteren von der Max-Planck-Gesellschaft selbst geplanten Institute sind zumindest dieselben Schwierigkeiten zu befürchten. Einzelne, aber wesentliche politische Stimmen versagen sich bis jetzt dem Gedanken, der Max-Planck-Gesellschaft zusätzliche Mittel für den Neuaufbau von Instituten in den neuen Ländern zur Verfügung zu stellen, überhaupt. Die Max-Planck-Gesellschaft hat deshalb Grund, öffentlich zur Kenntnis zu geben:

- Sie ist außerstande, die Mittel, die für den Aufbau der Institute in den neuen Ländern notwendig sind, ganz oder auch nur ergänzend dadurch zu gewinnen, daß sie diese Mittel aus den alten Ländern abzieht. Die Institute in den alten Ländern sind mit den aus der alten Bundesrepublik mitgebrachten Schwierigkeiten mehr als genug belastet.
- Die Max-Planck-Gesellschaft kann es nicht verantworten, mit dem Aufbau von Instituten in den neuen Ländern zu beginnen, ohne daß die notwendigen Mittel zuverlässig in Aussicht stehen. Wenn die Politik die notwendigen Mittel nicht bereitstellt, nimmt sie in Kauf, daß – entgegen dem Einigungsvertrag – eine strukturell gesplante Forschungslandschaft bleibt und die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern nicht annähernd so wirksam werden kann wie in den alten Ländern. Sie weist die Politik auf diese Verantwortung hin.
- Die Max-Planck-Gesellschaft ist weiterhin bereit und tätig, ihren Beitrag zum optimalen Aufbau der Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern zu leisten.

VI.

Schließlich muß ich Sie auf die Entwicklungen aufmerksam machen, welche die Forschungsförderung in *Europa* genommen hat und weiter nimmt – genauer: auf die strukturelle Ungleichheit zwischen der Forschungsförderung in Deutschland und der Forschungsförderung in Europa und auf den ständigen Prozeß der Erosion des deutschen Systems durch die europäische Dynamik.

- Das deutsche System ist durch die Komplementarität von institutioneller Förderung und Projektförderung bestimmt. Tritt die Projektförderung zur institutionellen Förderung in ein ungesundes Verhältnis, so kann sie die Infrastruktur eines Instituts überlasten und verfremden. Die europäische Forschungsförderung aber ist einseitig Projektförderung.
- Die europäische Forschungsförderung vernegten den Aspekt der Forschung mit dem Aspekt der regionalen Verteilung von Ressourcen.
- In Deutschland ist die Forschungsförderung weithin durch die Autonomie der Wissenschaft gekennzeichnet. In der Planung und Durchführung der europäischen Forschungsförderung spielt die »Wissenschaft« allenfalls eine marginale und konsultative Rolle. Die Forschungsprogramme werden von der Bürokratie der Europäischen Kommission zusammen mit den Bürokratien der Mitgliedstaaten vorbereitet und administriert. Für jedes Teilprogramm besteht ein Komitee aus zwölf Vertretern der Mitgliedstaaten unter dem Vorsitz eines Vertreters der Kommission. Insgesamt teilen sich etwa 300 bis 400 Vertreter der Mitgliedstaaten in etwa 70 Komitees dieses Geschäft. Darüber hinaus treffen Rat, Kommission und Parlament Entscheidungen in Rahmen-, Grundsatz- und wichtigen Einzelfragen. Angesichts dieser gewaltigen europäischen Entscheidungsmechanik ist nur zu verständlich, daß für eine eigenständige Artikulation der Wissenschaft kein wesentlicher Raum mehr bleibt. Die Autonomie der Wissenschaft schrumpft weitgehend auf die Wahlfreiheit zugehend auf die Teilhabe an den Programmen nachzusuchen oder eben nicht.

Viele in diesem Lande sind alarmiert von der Aussicht, daß eines Tages die Deutsche Mark im ECU aufgeht. Dabei hat die Politik ein Äußerstes getan, um Vorsorge zu treffen, daß die Institutionen und Grundsätze der europäischen Währungspolitik dem Ausdruck geben, was den Erfolg der deutschen Währungspolitik in der Nachkriegszeit ausgemacht hat. Auch die europäische Forschungspolitik wird das Forschungs-

geschehen in Europa und auch in Deutschland immer mehr bestimmen. Aber ich kann nicht erkennen, daß Institutionen und Grundsätze anvisiert sind oder gar selbstverständlich wären, die jenen Prinzipien Ausdruck geben, die den Erfolg in der deutschen Forschung ermöglicht haben.

Auch die Max-Planck-Gesellschaft wird dadurch vor drängende Fragen gestellt. Daß die Förderung der Grundlagenforschung Hausgut der nationalen Politik bleiben soll, wird sie nur unzulänglich vor der Erosion ihrer Strukturen schützen, die ihren Ort heute noch ausmachen. Wir müssen ausloten und zur Geltung bringen, was zur Bewahrung der Werte, für welche die Max-Planck-Gesellschaft steht, in einer europäischen Zukunft denkbar und machbar ist.

VII.

Ich habe Ihnen einige der Sorgen vorgestellt, die unsere Arbeit belasten. Aber ich will nicht in Traurigkeit schließen. Der Alltag der Max-Planck-Gesellschaft ist immer noch und immer neu von der guten Forschung bestimmt, die sie leistet. Und ihre Feiertage gelten den weltweiten Erfolgen, die diese Forschung erzielt, und der Anerkennung, die ihr zuteil wird. Ihre Entscheidungsprozesse sind von der Kompetenz und dem Engagement ihrer Wissenschaftler geprägt. Die Arbeit in den neuen Ländern war nur durch die große Bereitschaft der Kollegen möglich, Kraft und

Zeit zu opfern und Verantwortung zu tragen. Die Mitarbeiter der Generalverwaltung arbeiten nach wie vor jenseits aller Pflicht, um die Veränderungen und Probleme so gut als möglich zu bewältigen. Letztlich ist die ganze große Gemeinde aller Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft in dieses Bild einzuschließen, dessen wichtigste Züge Kompetenz, Leistungsbereitschaft und Verantwortlichkeit heißen.

Und so bitte ich Sie alle – innerhalb und außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft –, uns zu helfen, die Probleme zu meistern, vor denen wir stehen. Die Max-Planck-Gesellschaft ist Ihrer Hilfe wert. Aber es geht nicht nur um sie. Es geht um die Forschung in unserem Lande.

VIII.

Nun darf ich Herrn Weidenmüller das Wort zum Festvortrag erteilen. Herr Weidenmüller ist Professor an der Universität Heidelberg und Direktor und Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg. Unter den vielen Ehrungen, die ihm schon zuteil geworden sind, muß in diesem Rahmen wenigstens eine erwähnt werden: die Max-Planck-Medaille der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. Daß Herr Weidenmüller gebeten wurde, heute hier zu sprechen, beruht allein auf seiner Kompetenz. Aber schön ist es schon, daß er auch noch gebürtiger Dresdener ist. Herr Weidenmüller: nun haben Sie in Ihrer Vaterstadt das Sagen. ■

AM ENDE der Hauptversammlung in Dresden transportieren zwei gewichtige Herren des MPG-Pressereferats den Rest ihres Informationsmaterials zum Dienstwagen auf dem Rückweg nach München – in froher Erwartung der nächsten Hauptversammlung vom 15. bis 18. Juni 1993 in Trier.

Foto: Filser

